

8

Bonn, Freitag 19. Juni 1970

Sprecher: Barzel, Göb, Hasselmann, Heck, Kiesinger, Köppler, Röder, Schmücker.

Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Juni 1970. Verabschiedung des Haushalts 1970 der Bundesgeschäftsstelle. Vorbereitung des Bundesparteitags in Hamburg. Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses. Änderung des Statuts der CDU auf Antrag des Vorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg. Verschiedenes.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHL VOM 14. JUNI 1970

Bundsvorsitzender Dr. *Kiesinger* eröffnete die Bundesvorstandssitzung mit dem Dank des Vorstands an die drei Spitzenkandidaten Ministerpräsident Dr. Röder (Saarland), Wilfried Hasselmann (Niedersachsen), Heinrich Köppler (Nordrhein-Westfalen).

Herr Dr. *Röder*, Herr *Hasselmann* und Herr *Köppler* geben einen kurzen Bericht zum Ausgang der Landtagswahlen.¹

Dr. *Kiesinger* stellt fest, daß die derzeitige Bundesregierung, die für ihre Ostpolitik keine Mehrheit im Parlament finden kann, sich auch nicht mehr auf eine Mehrheit in der Bevölkerung berufen darf. Die Wähler hätten der Regierung auch ein Zeichen dafür gesetzt, daß sie nicht länger gewillt sind, den Inflationskurs der Linkskoalition hinzunehmen. Ebenso hätten die Wähler zu verstehen gegeben, daß sie mit der hektischen und undurchdachten Art, in der die Deutschland- und Ostpolitik betrieben wird, nicht einverstanden sind. Dabei hätten die Freien Demokraten den Rückschlag für die Regierung am stärksten zu spüren bekommen.

Dr. *Barzel* gibt einen Bericht zur politischen Lage sowie über die Arbeit der Opposition im ersten Parlamentsjahr.

¹ Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen am 14. Juni 1970 in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen und im Saarland vgl. Nr. 2 Anm. 18.

VERABSCHIEDUNG DES HAUSHALTS 1970 DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Bundesgeschäftsführer Dr. *Göb* und Bundesschatzmeister Dr. *Schmücker* geben Erläuterungen zum Haushaltsplan 1970 der Bundesgeschäftsstelle.

Der Bundesschatzmeister weist darauf hin, daß eine Neuaufschlüsselung der Mittel erforderlich sei. Es müßten unbedingt die alten Absprachen eingehalten werden und darüber hinaus versucht werden, neue Quellen zu erschließen. Er teilt mit, daß ein Gespräch mit den Landtagspräsidenten über die öffentlichen Mittel der Länder stattfinden wird.

Generalsekretär Dr. *Heck* stellt fest, daß die Ausgabenseite ohne Anmerkung vom Vorstand gebilligt wird. Für die Einnahmenseite muß der Hinweis des Bundesschatzmeisters zur Kenntnis genommen werden, daß derzeit nicht feststeht, ob der unter III. aufgeführte Fehlbetrag aus Spenden zu decken sein wird. Der Haushaltsplan 1970 wurde mit dieser Einschränkung vom Vorstand genehmigt.

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS IN HAMBURG

Die Verlegung des Bundesparteitags in Hamburg vom 23.–25. November 1970 auf den 25.–27. November 1970 wurde vom Vorstand genehmigt.

VORBEREITUNG DER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES

Generalsekretär Dr. *Heck* teilt den Beschluß des Präsidiums mit, den Bundesausschuß für den 9. Juli 1970, 14.00 Uhr einzuladen.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit des Bundesvorstands; 2. Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion; 3. Beschlußfassung über die überwiesenen Anträge des Mainzer Bundesparteitages 1969; 4. Stand der Vorbereitungen des Hamburger Bundesparteitages (einschließlich Arbeit Programmkommission); 5. Genehmigung der neugefaßten Satzungen: a) der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, b) der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, c) der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Bundesschatzmeister Dr. *Schmücker* bittet dringend darum, daß die neuerarbeitete Satzung der Wirtschaftsvereinigung² mit auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Generalsekretär Dr. *Heck* teilt mit, daß diese Satzung bisher weder dem Präsidium noch dem Generalsekretär vorgelegt worden ist, und bittet sicherzustellen, daß die Mitglieder des Parteiausschusses rechtzeitig die Vorlage erhalten.

2 Satzungsentwurf (mit Vermerk) von Peter Scheib vom 20. April 1971 in ACDP Dokumentation 2/201/30–2 sowie in ACDP 07–001–605 als Vorlage für die Bundesausschußsitzung am 17. Dezember 1970.

Bundsvorsitzender Dr. *Kiesinger* schlägt vor, diesen Punkt vorsorglich auf die Tagesordnung zu setzen.

Termin und Tagesordnung der Bundesausschußsitzung werden vom Vorstand genehmigt.³

ÄNDERUNG DES STATUTS DER CDU AUF ANTRAG DES VORSITZENDEN DER CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Vorstand genehmigt die Vorlage zu Punkt 5 der Tagesordnung.⁴

VERSCHIEDENES

Der Vorstand beschließt die Einrichtung eines Fachausschusses für Strukturpolitik (s. Vorlage zu Punkt 6 der Tagesordnung).⁵

3 Die für den 9. Juli 1970 angesetzte Sitzung des Bundesausschusses wurde am 6. Juli 1970 abgesagt aufgrund einer Sondersitzung des Bundestages am 10. Juli und der damit verbundenen Vorbereitungen, vgl. Schreiben von Rüdiger Göb in ACDP 07-001 AO Bilke (unverzeichnet).

4 Vgl. ACDP 07-001-907.

5 Vgl. ebd.